

Ausführungen von Altiero Spinelli (16. Dezember 1974)

Legende: Der Europäische Rat wird auf dem Gipfel von Paris am 9. und 10. Dezember 1974 durch die Institutionalisierung der Tagungen der Staats- und Regierungschefs gegründet. Altiero Spinelli, Mitglied der Europäischen Kommission, reagiert misstrauisch auf diesen Rückschritt hin zu mehr zwischenstaatlicher Abstimmung auf Kosten der gemeinschaftlichen Methode. Spinelli sieht den Willen der Regierungschefs, die Ausarbeitung der "Gesamtkonzeption der EU" zu übernehmen, als eine Bedrohung für die Rolle der Kommission als zentrales Organ der politischen Initiative.

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Dépôts, DEP. Emanuele Gazzo, EG. Les institutions et les organes communautaires, EG.B.A. Commission, EG.B.A-04. Commission des Communautés européennes: présidences Ortolí, Jenkins et Thorn, EG-95.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ausfuhrungen_von_altiero_spinelli_16_dezember_1974-de-de978423-2a55-4930-85ff-706d28ef93f8.html

Publication date: 05/07/2016



Ausführungen von Altiero Spinelli zu den Aufgaben der Kommission nach dem Gipfeltreffen am 9. und 10. Dezember 1974

Schreiben von Altiero Spinelli, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, an die übrigen Kommissionsmitglieder

Brüssel, den 16. Dezember 1974

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich Ihrer geneigten Aufmerksamkeit die Gedanken unterbreiten, die ich umfassend in den nächsten Kommissionssitzungen zu vertreten beabsichtige, die, wie unser Präsident uns nahe gelegt hat, der Definition unserer politischen Strategie nach der jüngsten Konferenz der Regierungschefs dienen sollen.

Ich wäre Ihnen gegenüber nicht ganz aufrichtig, würde ich verhehlen, dass ich meine Entscheidung, weiterhin der Kommission anzugehören, vom Ausgang dieser Aussprache abhängig machen werde. Entweder gewinne ich die Überzeugung, dass die Kommission die schwierige politische Führungsrolle im europäischen Aufbauwerk in vollem Umfang erfüllt, oder ich trete zurück, wenn ich feststelle, dass sie darauf verzichtet.

In freundschaftlicher Verbundenheit

[Unterschrift: Altiero Spinelli]

Ausführungen von Altiero Spinelli zu den Aufgaben der Kommission nach dem Gipfeltreffen am 9. und 10. Dezember 1974

Die Europäische Union als Staatenbund

Die Konferenz der Regierungschefs am 9. und 10. Dezember erklärte, dass dank ihrer institutionellen Maßnahmen „der Prozess der Umwandlung der Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten“, das heißt, der Aufbau der Europäischen Union, „bereits begonnen hat“ (Absatz 13 des Kommuniqués).

Die Konferenz der Regierungschefs wurde unter der Bezeichnung Europäischer Rat zum höchsten politische Organ, dem es obliegt, „in allen Bereichen der internationalen Politik, die die Interessen der Europäischen Gemeinschaft berühren, zunehmend gemeinsame Positionen festzulegen und eine abgestimmte Diplomatie zu betreiben (Absatz 4). Der Rat der Außenminister wurde im Hinblick auf die „Gemeinschaftstätigkeiten mit einer impulsgebenden und koordinierenden Rolle“ betraut (Absatz 3). Die Entscheidungsbefugnis für weniger bedeutsame politische Probleme wurde den Ständigen Vertretern übertragen (Absatz 7). Die Regierungen werden selbst darüber entscheiden, in welchen Fällen ihre Entscheidungen einstimmig angenommen werden oder nicht (Absatz 6). Sie regen an, „die Zusammenkunft von Regierungsvertretern ... auf weitere Gebiete auszudehnen“ (Absatz 9).

Somit nimmt die politische Union nach dem Willen der Regierungschefs, die von ihren diplomatischen Beratern unterstützt werden, und ohne Wissen ihrer Völker und Parlamente ihren Anfang als Staatenbund, als Bund unabhängiger Staaten, die bestrebt sind, ihr Bündnis über Verfahren der zwischenstaatlichen Abstimmung voranzubringen.

Die Regierungschefs konnten nicht gänzlich außer Acht lassen, dass das Konzept der Europäischen Union weit über den Staatenbund hinausreicht, was aber darauf hinauslief, dass jede Aussage mit Vorbehalten in den Köpfen verbunden war. Sie halten es für „angebracht“, von der Übertragung bestimmter Durchführungs- und Verwaltungsbefugnisse an die Kommission Gebrauch zu machen (Absatz 8). Die Direktwahl des Europäischen Parlaments „sollte“ innerhalb von vier Jahren umgesetzt werden, wobei zwei Staaten sich nicht einmal mit diesem Konditional anfreunden konnten (Absatz 12). Die Regierungschefs

werden die „Auffassungen des Europäischen Parlaments über seine Beteiligung am europäischen Aufbau sicherlich „berücksichtigen“ (Absatz 12). Sie beauftragten Leo Tindemans, ihnen einen Bericht über die Europäische Union vorzulegen, womit sie die Berichte der Gemeinschaftsorgane zu zweitklassigen Gutachten degradierten, die durch weitere, anscheinend brauchbarere Konsultationen ergänzt werden sollten. Auf alle Fälle haben sich diese Regierungschefs nach ihren Überlegungen zum Bericht Tindemans das Recht vorbehalten, den Parlamenten, der Bevölkerung, der gesamten Öffentlichkeit, ihre „Gesamtkonzeption der Europäischen Union“ (Absatz 13) zukommen zu lassen. Wenn diese Versprechen eingehalten werden, so wird dies sicherlich zur Überwindung der Staatenbundphase beitragen. Allerdings nur dann, wenn sich inzwischen die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und die Lage der Europäischen Gemeinschaft in der Welt nicht soweit verschlechtern, dass diese Verpflichtungen sich nicht mehr realisieren lassen.

Denn es liegt auf der Hand, dass die Regierungschefs sich deshalb für das Staatenbundmodell entschieden, weil sie deutlich die Europa insgesamt drohenden Gefahren sowie die Notwendigkeit spürten, bestimmte, für ihre Länder äußerst wichtige Angelegenheiten gemeinsam zu bewältigen. Allerdings zeigt ihr Konzept eines Staatenbundes als Antwort darauf, wie sehr es ihnen an politischer Inspiration mangelt und in welchem Maße sie geistig den mentalen Mustern ihrer Außenpolitik unterworfen sind.

Die nunmehr seit zweiundzwanzig Jahren bestehenden Europäischen Gemeinschaften, die seinerzeit entstanden waren, um die zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu überwinden, haben zur Genüge deutlich gemacht, dass ihre zunehmende Lähmung auf die Unfähigkeit des Rates als eines typisch konföderalen Organs zurückzuführen ist, einen europäischen politischen Willen auszuprägen und zu festigen. Rechtsdoktrin und Politikgeschichte lehren ja, dass Staatenbünde, sofern sie über eine Führung verfügen, zwar punktuell bestimmte Entscheidungen von begrenzter Bedeutung treffen können, dass sie jedoch aufgrund ihres Wesens nicht in der Lage sind, die notwendige Kontinuität, Kohärenz und Stärke des gemeinsamen politischen Handelns zu gewährleisten. Und dennoch beschließen die Regierungschefs, sich gerade in solch einem System einzurichten, um der schwersten Krise in Europa seit rund zwanzig Jahren die Stirn zu bieten.

Der Europäische Rat bei der Arbeit

Die Ohnmacht des Staatenbundkonzepts zeigte sich genau zum Zeitpunkt seiner Verkündung.

Dem Europäischen Rat gelang es, in der konkreten Frage des Regionalfonds einen Weg zu finden, nachdem er dessen Umfang noch weiter reduziert hatte.

Hingegen gelangte man nach der Aussprache über das umfassende Thema der Bekämpfung der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der Rezession, das heißt der die Zukunft Europas bedrohenden Wirtschaftskrise, und nach Erstellung einer Liste der von den einzelnen Staaten einzuschlagenden nationalen Politiken zu der grandiosen Erkenntnis, dass sich diese Politiken, um zu konvergieren, „auf ständige und wirksame (!) Konsultationsmechanismen (Absatz 19) und auf ein koordiniertes Gemeinschaftsvorgehen (Absatz 25)“ stützen müssten, das heißt eben auf die Methoden, die bislang gescheitert waren.

Angesichts der Energiekrise, die aufgrund des globalen Charakters ihrer wirtschaftlichen und diplomatischen Aspekte Hauptgrund für die Einberufung dieses Gipfeltreffens war, beschränkten sie sich darauf, die zwischenstaatlichen Kontakte innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, sowohl die zurückliegenden als auch die noch kommenden, zu Protokoll zu nehmen, ohne dass sie in der Lage gewesen wären, auch nur annähernd irgendeinen gemeinsamen Standpunkt oder einen Impuls zu formulieren.

Dieser Unfähigkeit, einen echten gemeinsamen Willen zustande zu bringen, entspricht die Unfähigkeit, zu einem echten Willen nach Unabhängigkeit und europäischer Würde in den internationalen Beziehungen zu gelangen. Der Europäische Rat nahm praktisch die seinerzeit vom amerikanischen Staatssekretär derart anmaßend geforderten vor- und nachgelagerten Konsultationen der amerikanischen Regierung (Absätze 20, 31, 32) als selbstverständlich hin. Damit billigte er stillschweigend anstelle der Partnerschaft

eine Situation der Abhängigkeit Europas gegenüber den USA.

Das Schicksal der Kommission

a) - Die Wirtschafts- und Währungsunion

Nach dieser Konferenz kann sich die Kommission als einziges ständiges politisches Zentrum nicht darauf beschränken, in dem in Paris angenommenen konföderalen Rahmen das zu tun, was möglich ist und dabei zu hoffen, von der ehemaligen Gemeinschaftsmethode zu retten, was noch zu retten ist.

Die Kommission musste feststellen, dass die Antwort der Konferenz auf das Problem der europäischen Einigung unbrauchbar und nutzlos war und dass Europa auf diesem Weg auf seinen wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Niedergang zusteuerte.

Sie musste nun alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um den Völkern, den politischen und gesellschaftlichen Kräften sowie den Regierungen der Gemeinschaft begreiflich zu machen, dass Einheit, Unabhängigkeit, Würde und Fortschritt in Freiheit und Gerechtigkeit in Europa nur erreicht werden können, wenn man sich entschließt, die Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse schrittweise einer echten europäischen Regierung zu übertragen, die von den nationalen Regierungen unabhängig ist und die außer von einem Rat von Vertretern der Mitgliedstaaten von einem echten Parlament kontrolliert wird.

Dazu musste die Kommission – ohne die ordnungsgemäße Verfolgung der laufenden Politiken (Agrarpolitik, Sozial- und Regionalpolitik, Entwicklungspolitik usw.) zu vernachlässigen –, den beiden Themen Vorrang geben, die der Europäische Rat als die großen, nach wie vor erstrebenswerten Ziele bekräftigt hatte: der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union.

Nachdem die Regierungschefs bekräftigt hatten, dass sie im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion trotz des Scheiterns ihrer bisherigen Bemühungen in ihrem „Willen nicht nachlassen würden“, und dass „sie weiterhin an dem Ziel festhalten, welches sie sich auf der Pariser Konferenz gesetzt hatten“ (Absatz 14), musste die Kommission sich entscheiden, in dieser Angelegenheit einen neuen Ansatz zu verfolgen, der dem Scheitern des Vorgehens in Etappen mit jeweils konkreten Inhalten Rechnung trug. Der neue Ansatz sollte auf der schrittweisen Schaffung gemeinschaftlicher Aktionsinstrumente beruhen, deren Ziel die Annäherung der Politiken der Mitgliedstaaten ist, ohne zwangsläufig bereits im Voraus die Etappen einer an sich nicht vorhersehbaren Entwicklung festzulegen.

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Rezession und der Inflation werden mittelfristig nach wie vor die Mitgliedstaaten selbst zuständig sein, die notwendigerweise verstärkt in der nationalen Wirtschaft intervenieren müssen. Da dies jedoch zunehmend die Gefahr eines Bruchs in der europäischen Integration und der internationalen Verflechtung in sich birgt, wird die eigentliche Rolle der Gemeinschaft darin bestehen, mittels geeigneter Handlungsinstrumente einen wirklichen Einfluss auf diese Interventionen auszuüben, womit ihre Kompatibilität und Konvergenz angestrebt werden sollen, gleichzeitig aber ihre Eigenschaften als nationale Politik gewahrt bleiben. Dabei könnte die Einführung der folgenden Instrumente maßgeblich sein:

a) Einrichtung eines Europäischen Lenkungs- und Planungsinstituts bei der Kommission (dabei soll das Vorhaben von Raymond Barre wieder aufgegriffen und an die neuen Aufgaben angepasst werden) zur Ermittlung der wichtigsten Ziele der Gemeinschaft sowie des Grads der Vereinbarkeit und der Konvergenz, der sich daraus für die nationalen Politiken und Programme ergibt;

b) schrittweise Zusammenlegung der nationalen Reserven in einen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit mit den Merkmalen einer echten Notenbank; Emission einer europäischen Währung, die bei bestimmten, noch festzulegenden Operationen als Zahlungsmittel dienen soll;

c) Zusammenlegung eines Teils der derzeit noch von den Staaten für die Industrie-, Regional-, Sozialpolitik

und im Bereich der Forschung und Entwicklung eingesetzten Finanzmittel und Möglichkeit der späteren Zuführung von Eigenmitteln der Gemeinschaft in diese Fonds, sodass vor allem große Strukturmaßnahmen nicht ohne den Zufluss von Mitteln und damit unabhängig von den Bedingungen der Gemeinschaft erfolgen können;

d) Möglichkeit der Einrichtung geeigneter europäischer Kreditinstitute zur Mobilisierung von Kapital für wichtige Initiativen von gemeinsamem Interesse innerhalb der Gemeinschaft oder gegenüber Drittländern vor allem mit Blick auf die Förderung von dreiseitigen Formen der Investition von Petrodollars in den Entwicklungsländern;

e) Überführung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in die Zuständigkeit der Gemeinschaft und Einrichtung einer europäischen Export-Import-Bank zur Förderung von Kooperationsvorhaben;

f) Erweiterung der Möglichkeiten zur Erhebung von Gemeinschaftssteuern sowie zur Aufnahme von Anleihen, um der Gemeinschaft die Verwirklichung der oben genannten Maßnahmen zu ermöglichen und somit ihrem Haushalt den Wert eines wirtschaftspolitischen Instruments zu verleihen.

Die Aufstockung des Gemeinschaftshaushalts sollte mit einer entsprechenden Verringerung der nationalen Haushalte einhergehen und würde folglich nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der gesamten öffentlichen Ausgaben führen.

Daher müsste die Art und Weise, in der die Kommission bislang – übrigens ohne viel Erfolg – versucht hat, bestimmte Politiken, vor allem die Politik der Wirtschaftsunion, die Industriepolitik und die Beihilfenkontrolle zu meistern, grundlegend geändert werden, um sie an diesen neuen Ansatz anzupassen. Die Dienststellen der Kommission, die sich mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik (Direktionen A und B der GD II), der Investitionspolitik in der Industrie (GD XVIII), der Industriepolitik (GD III) und der Beihilfenkontrolle (Direktion D der GD IV) befassen, sollten zusammengefasst, rationalisiert und vereinfacht werden, damit sie der Gemeinschaft als wirksames Instrument für die Planung und Verwaltung der Finanzinstrumente zur Verfügung stehen:

Das Schicksal der Kommission

b) Die Europäische Union

Die Schaffung der für die Fortführung der Wirtschafts- und Währungsunion notwendigen Gemeinschaftsinstrumente kann und muss ausgehend von den derzeitigen Strukturen der Gemeinschaft begonnen werden, allerdings nur unter der Voraussetzung einer relativ kurzen Übergangszeit, in deren Verlauf die Regierungsorgane, die gesetzgebenden Organe und die Organe der demokratischen Mitbestimmung gebildet werden sollen. Diese Organe sind auch erforderlich, um eine harmonische Entwicklung der übrigen Politikbereiche (Regional-, Agrar-, Energiepolitik, Forschungs- und Entwicklungspolitik) und vor allem die Identität, Unabhängigkeit und Würde Europas in den internationalen Beziehungen zu gewährleisten.

Folglich müsste die Kommission:

1 – den Abschluss ihres Berichts über die politische Union beschleunigen und dabei ganz realistisch und bestimmt begründen, warum die herkömmliche Gemeinschaftsmethode nicht mehr ausreicht und die neue konföderale Methode nutzlos ist;

2 – verlangen, dass sie einbezogen wird und auf jeden Fall die Ausarbeitung des Berichts von Leo Tindemans aufmerksam verfolgen, um zu dessen Erfolg beizutragen;

3 – den neun Regierungschefs die Zuständigkeit für die Ausarbeitung der „Gesamtkonzeption für die Europäische Union“ absprechen, die sie für sich in Anspruch nehmen wollen; fordern, dass der Tindemans-

Bericht dem Europäischen Parlament als wichtiges Arbeitsdokument vorgelegt wird, damit es den Verfassungsgesetzesentwurf (oder die Entwürfe) der EU erarbeiten und darüber abstimmen kann, die dann den Ländern zur Ratifizierung vorgelegt werden sollen. Um diesem Verfahren, das allein geeignet wäre, alle politischen Kräfte Europas in voller Verantwortung in das europäische Aufbauwerk einzubeziehen, die höchste demokratische Legitimation zu verleihen, und da es praktisch unmöglich ist, 1975 oder 1976 Europawahlen abzuhalten, sollten die nationalen Parlamente aufgefordert werden, zum Zeitpunkt der Übergabe des Tindemans-Berichts Tindemans das Mandat ihrer Vertreter im Europäischen Parlament zu erneuern, um ihnen einen Verfassungsauftrag zu erteilen.

Schlussfolgerung

Am Ende ihrer Aussprache und zu Beginn der zweiten Amtsperiode ihres Präsidenten sollte die Kommission ihr Aktionsprogramm im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Europäische Union feierlich verkünden. Sie sollte zu erkennen geben, dass alle politischen Teilbereiche, in denen sie zuständig ist, einschließlich ihrer möglichen Vorschläge für neue Verhandlungen mit Großbritannien, sowie über ihre Beziehungen zum Rat, zum Parlament und zur Öffentlichkeit im Rahmen und unter Berücksichtigung des Aktionsprogramms gestaltet werden. Dieses Vorgehen wird es ihr erlauben, bei der Sanierung und Wiederbelebung des europäischen Aufbauwerks die Führung zu übernehmen, die derzeit von niemandem wahrgenommen wird, die jedoch notwendig ist, um die Aussicht auf die Überwindung der derzeitigen Phase eines Staatenbunds offen zu halten. Andernfalls würde sie ihre Rolle als zentrales Organ der politische Initiative endgültig einbüßen und zunehmend zu einem einfachen technischen Organ im Dienste des Europäischen Rates und seiner zwar präventiven, aber wirkungslosen zwischenstaatlichen Strukturen werden.

Der Augenblick der Entscheidung ist für die Kommission und ihre Mitglieder gekommen und duldet keinen Aufschub mehr.